

BFH – Anhängige Verfahren

■ **AO § 164:**

Bekanntgabewille, passive Entstrickung, Stundungsregel, Europarecht, Verfassungsmäßigkeit, Rückwirkung

Bundesfinanzhof Az: I R 32/21

Aufgabe des Bekanntgabewillens und passiver Entstrickungsgewinn nach § 6 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 AStG auf Grund des Abschlusses eines Doppelbesteuerungsabkommens¹. Wird der für den Erlass eines Verwaltungsaktes erforderliche Bekanntgabewille bereits durch die aktenmäßig festgehaltene Weisung eines Sachgebietsleiters aufgegeben und muss die Aufgabe des Bekanntgabewillens zusätzlich dem Steuerpflichtigen zeitnah und inhaltlich deutlich mitgeteilt werden?². Ist der Abschluss eines (geänderten) Doppelbesteuerungsabkommens (hier: DBA-Spanien 2011) und die hierdurch bedingte "passive Entstrickung" vom Auffangtatbestand des § 6 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 AStG i.d.F. des SEStEG vom 07.12.2006 (BGBl I 2006, 2782, BStBl I 2007, 4) erfasst und ist diese Regelung vor der Einführung der Stundungsregel (§ 6 Abs. 5 Satz 3 Nr. 4 AStG) europarechtswidrig?³. Stellt die durch § 21 Abs. 23 AStG i.d.F. des Zollkodex-Anpassungsgesetzes vom 22.12.2014 (BGBl I 2014, 2417, BStBl I 2015, 58) rückwirkend eingeführte Stundungsregel (§ 6 Abs. 5 Satz 3 Nr. 4 AStG) eine verfassungsrechtlich unzulässige echte Rückwirkung dar?

■ **DBA FRA Art 13 Abs 1 S 1:**

Abfindung, Arbeitsortprinzip, Tätigkeitsortsprinzip, Doppelbesteuerungsabkommen

Bundesfinanzhof Az: I R 28/21

Besteuerungsrecht Deutschlands für eine Abfindung an einen Arbeitnehmer, der während des Arbeitsverhältnisses seine Tätigkeit in Deutschland, Frankreich und Drittländern ausübte und im Zeitpunkt der Abfindungszahlung in Frankreich ansässig ist¹. Besteht für eine Abfindung bereits dann nach Art. 13 Abs. 1 DBA-Frankreich ein Besteuerungsrecht, wenn lediglich ein kausaler Zusammenhang (Anlasszusammenhang) zwischen einem Arbeitsverhältnis und der Abfindungszahlung durch den Arbeitgeber besteht, während nach der vergleichbaren Regelung des Art. 15 Abs. 1 OECD-MustAbk für Abfindungen ein solcher Anlasszusammenhang nicht ausreicht?². Bestimmt sich das Besteuerungsrecht für eine Abfindung nach Art. 13 Abs. 1 DBA-Frankreich danach, wo der Arbeitnehmer während des Arbeitsverhältnisses seine aktive Tätigkeit ausgeübt hat oder --im Falle einer

Freistellung-- nach einem fiktiven Tätigkeitsort?3. Unter welchen Voraussetzungen handelt es sich bei einer Abfindung um ein Ruhegehalt, das nach Art. 13 Abs. 8 DBA-Frankreich nur im Ansässigkeitsstaat besteuert werden kann?

■ ***EStG § 1 Abs 4:***

Grenzgänger, Beschränkte Steuerpflicht, Pilot, internationaler Luftverkehr, Luftfahrzeug, Doppelbesteuerungsabkommen

Bundesfinanzhof Az: I R 22/21

Ist die Regelung in Art. 15 Abs. 3 DBA-Schweiz für Einsätze auf Schiffen oder Luftfahrzeugen *lex specialis* gegenüber der Regelung zu Grenzgängern (Art. 15a DBA-Schweiz)?

■ ***EStG § 10 Abs 1 Nr 4:***

Kirchensteuer, Sonderausgabe, Haftungsschuldner

Bundesfinanzhof Az: X R 16/21

Berücksichtigung von Kirchensteuerbeträgen als Sonderausgabe gemäß § 10 Abs. 1 Nr. 4 EStG: Kann ein Arbeitnehmer, der seinem als Haftungsschuldner in Anspruch genommenen Arbeitgeber im Wege des Rückgriffs, die auf ihn entfallende Kirchensteuer erstattet, diese im Rahmen seiner Einkommensteuerveranlagung als Sonderausgaben im Rahmen des § 10 Abs. 1 Nr. 4 EStG geltend machen?

■ ***EStG § 15 Abs 1 Nr 1:***

Schätzung, Richtsatzsammlung

Bundesfinanzhof Az: X R 19/21

Unter welchen Voraussetzungen ist ein äußerer Betriebsvergleich in Gestalt einer Richtsatzschätzung (BMF-Richtsätze) zulässig?

■ ***EStG § 16 Abs 1 S 1 Nr 2:***

Atypische stille Gesellschaft, Formwechsel, Umwandlung, Mitunternehmeranteil, Stille Reserven, Einbringung, GmbH & Co KG

Bundesfinanzhof Az: IV R 28/21

Liegt ein Fall des sog. einkommensteuerrechtlichen Formwechsels vor, wenn sich im Zuge der Umgestaltung einer atypisch stillen Gesellschaft in eine GmbH & Co. KG die Beteiligung der Mitunternehmer an den stillen Reserven des Betriebsvermögens ändert?

- **EStG § 20 Abs 1 Nr 11:**
Optionsgeschäft, Stillhalter, Glattstellungsgeschäft, Zufluss, Abfluss, Rückwirkendes Ereignis

Bundesfinanzhof Az: VIII R 27/21

Stellt bei periodenübergreifenden Zu- und Abflüssen aus Stillhaltergeschäften eine im Folgejahr geleistete Zahlung aus dem Glattstellungsgeschäft ein rückwirkendes Ereignis dar, so dass die im Streitjahr vereinnahmte Stillhalterprämie um die im Folgejahr geleisteten Aufwendungen zu mindern ist?

- **EStG § 3 Nr 34:**
Arbeitslohn, Gesundheitsförderung, Steuerfreiheit, Nebenleistung

Bundesfinanzhof Az: VI R 24/21

Zählen zu den von § 3 Nr. 34 EStG a.F. erfassten Leistungen zur Verbesserung des allgemeinen Gesundheitszustandes und der betrieblichen Gesundheitsförderung auch die mit der eigentlichen Präventionsleistung in Zusammenhang stehenden Verpflegungs-, Reise- und Unterkunftskosten sowie andere Nebenleistungen?

- **EStG § 4 Abs 4:**
Personengesellschaft, Verbindlichkeit, Abzinsung, Reisekosten, Betriebsausgabe, Ausland, Schätzung, Bedingung

Bundesfinanzhof Az: IV R 3/22

Ist das FA an den im Rahmen der Schlussbesprechung einer Außenprüfung für Vorjahre vereinbarten und über mehrere Veranlagungszeiträume beibehaltenen Aufteilungsschlüssel hinsichtlich des als Betriebsausgabe abzugsfähigen Anteils von Reisekosten weiterhin gebunden? Liegt eine unverzinsliche und damit gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 3 Satz 1 EStG abzuzinsende Verbindlichkeit vor, wenn hinsichtlich der Verbindlichkeit eine bedingte Zinsvereinbarung besteht, die die Verzinsung auslösende Bedingung jedoch im Streitzeitraum noch nicht eingetreten ist?

■ **ESTG § 4 Abs 4a:**

Hinzurechnung, Schuldzinsen, Avalprovision, Überentnahme, Bürgschaft

Bundesfinanzhof Az: X R 15/21

Begrenzung des Schuldzinsenabzugs gemäß § 4 Abs. 4a EStG: Handelt es sich bei Provisionen für einen Avalkredit um "Schuldzinsen" im Sinne der Vorschrift?

■ **ESTG § 41a Abs 1 S 1 Nr 1:**

Lohnsteuer-Anmeldung, Haftungsbescheid, Rechtsbehelf, Regelung, Verfahren

Bundesfinanzhof Az: VI R 13/21

Zur Frage des systematischen und inhaltlichen Regelungsverhältnisses von Lohnsteuer-Anmeldungen gemäß § 41a Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 EStG i.V.m. § 168 Satz 1 AO einerseits und Haftungsbescheiden nach § 191 AO andererseits (hier: Reichweite eines gegen einen Lohnsteuer-Haftungsbescheid eingelegten Rechtsbehelfs).

■ **ESTG § 43a Abs 3 S 7:**

Anrechnung, Quellensteuer, Kapitalertragsteuer, Dividende, Abrechnungsbescheid

Bundesfinanzhof Az: VII R 65/18

Ist Kapitalertragsteuer, die dem Kläger im Streitjahr 2012 von seiner Depotbank aufgrund einer sog. Deltakorrektur gemäß § 43a Abs. 3 Satz 7 des Einkommensteuergesetzes (in der im Streitjahr anzuwendenden Fassung) für zu hoch angerechnete spanische und norwegische Quellensteuerbeträge nachbelastet wurde, als Steuerabzugsbetrag im angefochtenen Abrechnungsbescheid für das Streitjahr zu berücksichtigen?

■ **ESTG § 6a Abs 1 S 1:**

Pensionszusage, Altersgrenze, vorzeitiger Bezug, Eindeutigkeitsgebot, Verdeckte Gewinnausschüttung, Mindestpensionsalter, Probezeiterfordernis

Bundesfinanzhof Az: I R 29/21

Teilweiser Verstoß einer Pensionszusage gegen das Eindeutigkeitsgebot und verdeckte Gewinnausschüttung bei einer Pensionszusage mit vorzeitigem Bezug (Vollendung des 60. Lebensjahres)¹. Liegt ein Verstoß gegen die gesetzliche Auslegungsregel des § 133 BGB vor, weil anlässlich der Auslegung eines Teils einer Pensionszusage (vorzeitiger Pensionsbezug) durch das FG nicht der wirkliche Wille erforscht wurde?². Ist die Bildung einer Pensionsrückstellung nach § 6a Abs. 1 EStG "soweit" möglich, als mit Eintritt der Regelaltersgrenze von 65 Jahren alle Voraussetzungen für eine Pension vorliegen, auch wenn die Voraussetzungen für den vorzeitigen Pensionsbezug nicht dem Eindeutigkeitsgebot nach § 6a Abs. 1 Nr. 3 EStG genügen?³. Indiziert die Vereinbarung des 60.

Lebensjahres als Mindestpensionsalter bei einem als beherrschend anzusehenden Gesellschafter-Geschäftsführer eine gesellschaftsrechtliche (Mit-)Veranlassung einer Pensionszusage und damit eine verdeckte Gewinnausschüttung für Pensionszahlungen vor der Regelaltersgrenze von 65 Jahren?4. Kann ein Verstoß gegen das Probezeiterfordernis und eine hierdurch begründete verdeckte Gewinnausschüttung durch eine später erneut erfolgende Neuzusage der Pension unter Aufhebung der Altzusage geheilt werden?

■ **ESTG § 9 Abs 1 S 3 Nr 5 S 4:**

Doppelte Haushaltsführung, Unterkunft, Kosten, Zweitwohnungsteuer

Bundesfinanzhof Az: VI R 30/21

Zählt die Zweitwohnungssteuer für das Unterhalten einer Wohnung am Ort der ersten Tätigkeitsstätte im Rahmen einer doppelten Haushaltsführung zu den (gedeckelten) Unterkunftskosten i.S. des § 9 Abs. 1 Satz 3 Nr. 5 Satz 4 EStG?

■ **GewStG § 33 Abs 1 S 1:**

Gewerbsteuererlegung, Betriebsstätte, Leitungsnetz, Einheitlichkeit

Bundesfinanzhof Az: IV R 21/21

Kann die BFH-Rechtsprechung zum Vorliegen einer einheitlichen mehrgemeindlichen Betriebsstätte bei Elektrizitätsunternehmen auf die Gewerbesteuererlegung bei Pipelineunternehmen übertragen werden? Schließt die Tätigkeit der Mitarbeiter der Verwaltungszentrale auch für Pipelines anderer Unternehmen den engen organisatorischen, wirtschaftlichen und technischen Zusammenhang zwischen dem Verwaltungsgebäude und dem eigenen Rohrleitungsnetz aus?

■ **GewStG § 33 Abs 1 S 1:**

Gewerbsteuererlegung, Betriebsstätte, Leitungsnetz, Einheitlichkeit

Bundesfinanzhof Az: IV R 22/21

Kann die BFH-Rechtsprechung zum Vorliegen einer einheitlichen mehrgemeindlichen Betriebsstätte bei Elektrizitätsunternehmen auf die Gewerbesteuererlegung bei Pipelineunternehmen übertragen werden? Schließt die Tätigkeit der Mitarbeiter der Verwaltungszentrale auch für Pipelines anderer Unternehmen den engen organisatorischen, wirtschaftlichen und technischen Zusammenhang zwischen dem Verwaltungsgebäude und dem eigenen Rohrleitungsnetz aus?

■ **GewStG § 33 Abs 2:**

Gewerbsteuerzerlegung, Zustimmung, Neue Tatsache, Vorbehalt der Nachprüfung, Aufhebung

Bundesfinanzhof Az: IV R 23/21

Gewerbsteuerzerlegung bei Pipelineunternehmen: Führt die Aufhebung des Vorbehalts der Nachprüfung gegenüber der Steuerpflichtigen dazu, dass eine auf § 164 AO gestützte Änderung des Zerlegungsbescheids auch den beteiligten Gemeinden gegenüber ausgeschlossen ist? Stellt der Umstand, dass eine der beteiligten Gemeinden einer Einigung über die Zerlegung nicht zugestimmt hatte, eine Tatsache dar, deren nachträgliches Bekanntwerden die Änderung des Zerlegungsbescheids ermöglicht?

■ **GewStG § 8 Nr 1 Buchst d:**

Gewerbsteuer, Hinzurechnung, Leasing, Vermietergemeinschaft

Bundesfinanzhof Az: III R 33/21

Erfolgt eine gewerbsteuerliche Hinzurechnung der gezahlten Wartungsgebühren für geleaste und zur Vermietung bestimmte Nutzfahrzeuge gemäß § 8 Nr. 1 Buchst. d GewStG, wenn es sich bei dem Leasingvertrag um einen atypischen Mietvertrag handelt, auf welchen die mietrechtlichen Vorschriften des BGB nicht vollumfänglich anwendbar sind und die Wartungsgebühren aufgrund der Rechtsnatur des Leasingverhältnisses sowie der speziellen Regelung des Leasingvertrages als Leasingnehmerin zu tragen sind?

■ **GewStG § 8 Nr 3:**

typisch stiller Gesellschafter, Hinzurechnung, Doppelbesteuerungsabkommen, Kapitalverkehrsfreiheit, Stand-Still-Klausel

Bundesfinanzhof Az: I R 33/21

Abkommens- und Unionsrechtskonformität der Hinzurechnung des Gewinnanteils eines in den USA ansässigen (typisch) stillen Gesellschafters nach § 8 Nr. 3 GewStG 1999. Verstößt die Hinzurechnung des Gewinnanteils eines in den USA ansässigen (typisch) stillen Gesellschafters nach § 8 Nr. 3 GewStG 1999 gegen die Diskriminierungsverbote in Art. 24 Abs. 3 und 4 DBA-USA 1989?2. Ist die Hinzurechnung des Gewinnanteils eines in einem Drittstaat (hier: USA) ansässigen (typisch) stillen Gesellschafters nach § 8 Nr. 3 GewStG 1999 nicht an der Kapitalverkehrsfreiheit (Art. 56 EG, jetzt Art. 63 AEUV) zu messen, weil die Stand-Still-Klausel (Art. 57 Abs. 1 EG, jetzt Art. 64 Abs. 1 AEUV) zur Anwendung kommt?

- **GewStG § 9 Nr 1 S 1:**
Gewerbesteuer, Hinzurechnung, Wirtschaftliches Eigentum, Betriebsvermögen, Ersatzwirtschaftswert, Landwirtschaft

Bundesfinanzhof Az: III R 34/21

Ist die Ermittlung des Ersatzwirtschaftswertes (als Grundlage für die Berechnung der Höhe der Kürzung für den zum Betriebsvermögen gehörenden Grundbesitz im Sinne des § 9 Nr. 1 Satz 1 GewStG) als reines Ertragswertverfahren ausgestaltet, das sich am Hektarwert und den ungenutzten Flächen orientiert? Werden Betriebsmittel (wie etwa Maschinenbesatz) und Gebäude sowie Zu- und Abschläge hierbei berücksichtigt? Hat eine Aufteilung des Ersatzwirtschaftswertes ausschließlich nach den Eigentumsverhältnissen des Grund und Bodens zu erfolgen? Ist die Aufteilung für die Anrechnung nach § 9 Nr. 1 Satz 1 GewStG nach Wirtschaftsgütergruppen unter Ausscheidung des Wertanteils für Grund und Boden vorzunehmen?

- **KStG § 5 Abs 1 Nr 9:**
Gemeinnützigkeit, Verfassung, Verfassungsschutzbericht, Extremismus, Körperschaftsteuerbefreiung

Bundesfinanzhof Az: V R 36/21

Aberkennung der Gemeinnützigkeit einer in Verfassungsschutzberichten aufgeführten Körperschaft: 1. Unterfällt auch eine "extremistisch beeinflusste" Organisation der Norm des § 51 Abs. 3 Satz 2 AO? 2. Kann der in § 51 Abs. 3 Satz 2 AO verwendete Begriff "extremistisch" in verfassungskonformer Weise als "verfassungsfeindlich" in dem Sinne ausgelegt werden, dass die Organisation nach den Ausführungen des jeweiligen Verfassungsschutzberichts Bestrebungen i.S. des § 4 BVerfSchG fördert? 3. Bestehen unter Bezugnahme auf die Rechtsprechung des BVerfG (1 BvR 1106/08) Bedenken gegen die materielle Verfassungsmäßigkeit des § 51 Abs. 3 Satz 2 AO, als hiernach der Begriff "extremistisch" mangels Bestimmbarkeit nicht geeignet ist, um einem Bürger die Verbreitung bestimmter Meinungen zu verbieten?

- **KStG § 8b Abs 1 S 1:**
Schachtelbeteiligung, Dividende, Steuerfreiheit, Streubesitz

Bundesfinanzhof Az: I R 30/21

Ist die Anwendung der Rückwirkungsfiktion des § 8b Abs. 4 Satz 6 KStG für jeden einzelnen Hinzuerwerb eines Geschäftsanteils zu prüfen mit der Folge, dass Beteiligungserträge, die auf erworbenen Streubesitz entfallen, nach § 8b Abs. 4 Satz 1 KStG bei der Ermittlung des Einkommens zu berücksichtigen sind, oder liegt mit Erwerb einer einzelnen Beteiligung von mindestens 10 % durch die Rückbeziehungsfunktion des § 8b Abs. 4 Satz 6 KStG zu Beginn des Kalenderjahres eine sog. Schachtelbeteiligung vor, sodass unabhängig von der Höhe weiterer Erwerbe die Steuerbefreiung nach § 8b Abs. 1 Satz 1 KStG auf die Beteiligungserträge anzuwenden ist?

■ **StromStG § 9 Abs 1 Nr 2:**

Stromsteuer, Entnahme

Bundesfinanzhof Az: VII R 31/21

Handelt es sich bei den Stromentnahmen für die Entladekräne, die Kohleförderbänder, das Kohlekreislager, die Tagesbunker, die Bearbeitung von Kohle, die Anlieferung und Lagerung von Kreide, der Lagerung von Ammoniakwasser und der Aufbereitung des Abwassers um Verbräuche, die in einem engen Zusammenhang mit der Stromerzeugung im eigentlichen Sinne stehen und damit gemäß §§ 9 Abs. 1 Nr. 2 StromStG, 12 Abs., 1 StromStV zu privilegieren sind?

■ **UmwStG § 2 Abs 4:**

körperschaftsteuerlicher Verlustrücktrag, Verschmelzung, Verlustverrechnungsverbot

Bundesfinanzhof Az: I R 36/21

Reichweite des Verlustausgleichs- bzw. -verrechnungsverbots nach § 2 Abs. 4 Satz 3 UmwStG bei Verschmelzung einer Gewinn- und Verlustgesellschaft Greift das Verlustausgleichs- bzw. -verrechnungsverbot des § 2 Abs. 4 Satz 3 UmwStG ein, wenn ein verschmolzener Rechtsträger einen körperschaftsteuerlichen Verlustrücktrag von ausschließlich im Folgejahr der Verschmelzung entstandenen Verlusten zurück in das Jahr der Verschmelzung begehrt, oder hat der Verlustrücktrag nach den allgemeinen Regeln des § 8 Abs. 1 KStG i.V.m. § 10d Abs. 1 Satz 1 EStG zu erfolgen?

■ **UStG § 12 Abs 2 Nr 1:**

Ermäßigter Steuersatz, Heizung, Holz

Bundesfinanzhof Az: V R 2/22

Sind die von der Klägerin produzierten und gelieferten Holzhackschnitzel gemäß § 12 Abs. 2 Nr. 1 UStG i.V.m. Nr. 48 Buchst. a der Anlage 2 zu § 12 Abs. 2 Nr. 1 UStG mit dem ermäßigten Steuersatz von 7 % zu besteuern?

Das Verfahren V R 6/18 war durch Beschluss vom 10.06.2020 bis zur Entscheidung des EuGH in dem Verfahren C-515/20 ausgesetzt. Das Verfahren wurde wieder aufgenommen.

- **UStG § 12 Abs 2 Nr 11 S 1:**
Ermäßigter Steuersatz, Parkplatz, W-LAN, Fitnessseinrichtung, Beherbergungsleistungen, Hotel, Aufteilungsgebot

Bundesfinanzhof Az: XI R 22/21

Unterliegt die Überlassung von Parkplätzen, W-LAN und Fitnessseinrichtungen an Hotelgäste dem ermäßigten Steuersatz für Beherbergungsleistungen (§ 12 Abs. 2 Nr. 11 Satz 1 UStG) oder dem Regelsteuersatz, wenn hierüber keine gesonderten Vereinbarungen getroffen wurden?

- **UStG § 15 Abs 1 S 1 Nr 1 S 1:**
Vorsteuerabzug, Büro, Unternehmerische Nutzung, Zuordnung, Zeitpunkt

Bundesfinanzhof Az: XI R 28/21

Vorsteuerabzug für ein Büro in einem ansonsten nicht unternehmerisch genutzten Gebäude und Mitteilung der Zuordnungsentscheidung an das zuständige Finanzamt Ist die Kennzeichnung eines Raumes in einer Bauzeichnung mit dem Wort "Arbeiten" ein ausreichendes Indiz für die Zuordnungsentscheidung zum Unternehmen? Muss die Zuordnungsentscheidung dem zuständigen Finanzamt bis zur gesetzlichen Abgabefrist der betreffenden Steuererklärung mitgeteilt werden?

Das Verfahren XI R 3/19 wurde nach Entscheidung des EuGH vom 14.10.2021 in dem Verfahren C-45/20 wieder aufgenommen und wird unter dem Az. XI R 28/21 (XI R 3/19) fortgeführt.

- **UStG § 15 Abs 1 S 1 Nr 1:**
Vorsteuerabzug, Berufskleidung, Private Lebensführung, Trauerredner

Bundesfinanzhof Az: XI R 3/22

Handelt es sich bei dem schwarzen Anzug, der schwarzen Damenbluse und dem schwarzen Damenpullover sowie den schwarzen Schuhen um typische Berufskleidung hauptberuflich tätiger Trauerredner und Trauerbegleiter, sodass deren Anschaffungs- und Reinigungskosten zum Vorsteuerabzug berechtigen?

- **UStG § 24:**
Durchschnittssatzbesteuerung, Regelbesteuerung, Abfindung

Bundesfinanzhof Az: XI R 27/21

Unterliegt die Abfindungszahlung für einen Verzicht auf die Rechte aus einem Vertrag über die Lieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, die der Durchschnittssatzbesteuerung nach § 24 UStG unterliegt, ebenfalls der Durchschnittssatzbesteuerung?

- **UStG § 25a Abs 1 Nr 2 S 2:**
Differenzbesteuerung, Beweislast, Vertrauensschutz

Bundesfinanzhof Az: XI R 15/21

Trägt derjenige, der von der Differenzbesteuerung nach § 25a UStG Gebrauch machen will, die Darlegungs- und Beweislast dafür, dass sein Vorlieferant eine der Voraussetzungen des § 25a Abs. 1 Nr. 2 Satz 2 UStG erfüllt? Sind die im EuGH-Urteil Litdana vom 18.05.2017 - C-624/15 (EU:C:2017:389, HFR 2017, 661) formulierten Vertrauensschutzerwägungen im Festsetzungs- oder im Billigkeitsverfahren zu prüfen?

- **UStG § 3:**
Kraft-Wärme-Kopplungsanlage, Stromlieferung, Stromnetz

Bundesfinanzhof Az: XI R 18/21

Liegt eine umsatzsteuerliche Lieferung von selbst erzeugtem und verbrauchtem Strom an einen Stromnetzbetreiber vor, wenn der Betreiber einer Kraft-Wärme-Kopplungsanlage diesen Strom in Gänze selbst braucht?

- **UStG § 3a Abs 3 Nr 2 S 3:**
Ort, Firmenwagen, Arbeitnehmer, Überlassung, Entgelt, Mindestbemessungsgrundlage

Bundesfinanzhof Az: V R 25/21

Überlassung eines Firmenfahrzeugs an Arbeitnehmer als entgeltliche Vermietungsleistung: 1. Handelt es sich bei der Überlassung eines dem Unternehmen zugeordneten Fahrzeugs an seinen Arbeitnehmer --auch zu Privatfahrten-- auch dann um eine entgeltliche Vermietungsleistung i.S. des § 3a Abs. 3 Nr. 2 Satz 3 UStG, wenn der Arbeitnehmer hierfür keine Zahlung leistet, keinen Teil seiner Barvergütung verwendet und auch nicht nach einer Vereinbarung zwischen den Parteien, wonach der Anspruch auf Nutzung des Firmenfahrzeugs mit dem Verzicht auf andere Vorteile verbunden ist, zwischen verschiedenen vom Steuerpflichtigen angebotenen Vorteilen gewählt hat, sondern lediglich seine Arbeitsleistung erbringt? 2. Ist, soweit in der Zuzahlung durch den Arbeitnehmer des auch zu Privatfahrten genutzten Fahrzeugs ein Entgelt gesehen wird, die Mindestbemessungsgrundlage entsprechend § 10 Abs. 5 Nr. 2 UStG anzuwenden, wenn die Leistung --wäre sie unentgeltlich-- in Deutschland nicht steuerbar wäre?

- **UStG § 4 Nr 14 Buchst e:**
Umsatzsteuer, Steuerbefreiung

Bundesfinanzhof Az: XI R 26/21

Sind Leistungen auf dem Gebiet der Hygiene nach § 4 Nr. 14 Buchst. e UStG auch dann steuerbefreit, wenn der Unternehmer nicht selbst über die dafür notwendige Qualifikation verfügt, sondern sich eines Dritten bedient, der zwar die nötige fachliche Expertise hat, aber selbst nicht in das Unternehmen eingebunden ist?

- **UStG § 4 Nr 16:**
Steuerfreiheit, Cafeteria, Altenheim

Bundesfinanzhof Az: V R 39/21

Sind die Entgelte aus dem Betrieb einer Cafeteria durch ein Altersheim nach § 4 Nr. 16 UStG steuerfrei?